

## **Antrag**

**der Abgeordneten Frau Nickels und der Fraktion DIE GRÜNEN**

### **Keine Todesstrafe durch US-Militärgerichte in der Bundesrepublik Deutschland**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt das in Artikel 102 GG ausgesprochene Verbot der Todesstrafe, tritt ein für die weltweite Ächtung der Todesstrafe und fordert die Bundesregierung auf, insbesondere die Verbündeten zu ersuchen, die Todesstrafe aus ihren Rechtssystemen zu tilgen, und darauf hinzuwirken, daß auf deutschem Territorium die Todesstrafe nicht mehr verhängt werden darf.

In diesem Sinne wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. mit den NATO-Partnern darüber zu verhandeln, das NATO-Truppenstatut und die Zusatzvereinbarungen dahin gehend zu ändern, daß die Verhängung von Todesurteilen durch Gerichte der Entsendestaaten in den NATO-Ländern ausgeschlossen ist,
2. darüber hinaus zumindest durch bilaterale Verhandlungen mit den USA sicherzustellen, daß eine Todesstrafe durch US-Militärgerichte in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr verhängt werden kann.

Bonn, den 30. Januar 1989

**Frau Nickels**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

#### **Begründung**

Artikel 102 GG sieht unmißverständlich das Verbot der Todesstrafe vor.

Die Vorschriften des NATO-Truppenstatuts und ihrer Zusatzvereinbarungen erlauben es gleichwohl den Militärgerichten der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte, gegen ihre Angehörigen die Todesstrafe zu verhängen.

Durch US-Militärgerichte in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Vergangenheit von dieser Befugnis mehrfach Gebrauch ge-

macht worden. Diese Situation ist mit dem Geist des Artikels 102 GG nicht vereinbar.

Darüber hinaus würde es für die vom Deutschen Bundestag geforderten Bemühungen für eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe unglaublich erscheinen, wenn im eigenen Land die Verhängung der Todesstrafe durch US-Militärgerichte weiter hingenommen würde.